
7743/J XXIV. GP

Eingelangt am 23.02.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Sabine Oberhauser, Mag.^a Andrea Kuntzl
und GenossInnen

an die Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, Dr.ⁱⁿ Beatrix Karl
betreffend Pläne zur Errichtung einer medizinischen Privatuniversität in Krems

Wie aus Zeitungsberichten bereits bekannt, plant der niederösterreichische Landeshauptmann die Errichtung einer medizinischen Privatuniversität in Krems. Die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte, die wir in Österreich zur Versorgung der Bevölkerung benötigen, ist Aufgabe der öffentlichen Hand. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass nur jene Studierende Zugang zu einer Privatuniversität haben werden, die es sich leisten können, durchschnittlich bis zu 10.000 Euro / Jahr an Studiengebühren zu bezahlen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung nachstehende

Anfrage:

1. Besteht Ihrer Meinung nach der Bedarf für einen weiteren Standort zur medizinischen Ausbildung in Österreich?
 - a) Wenn ja, warum?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
2. Liegen Ihnen hierzu Daten vor?
 - a) Wenn ja, welche?
3. Welche Zusagen oder Absichtserklärungen haben die Kooperationspartner unter Ihrer Rechtsaufsicht im Zuge des Memorandums betreffend der Errichtung einer medizinischen Privatuniversität abgegeben?
4. Wie ist Ihre weitere Vorgangsweise in Bezug auf die im Memorandum verabschiedeten Pläne zur Errichtung einer medizinischen Privatuniversität in Krems?

5. Wie beurteilen Sie die Gefahr, dass sich die medizinische Universität Wien durch allfällige Leistungszusagen ihrem öffentlichen Auftrag, insbesondere den Vorschriften des Universitätsgesetzes, teilweise entziehen könnte?
6. Auf welche Höhe werden sich die Studiengebühren schätzungsweise belaufen, wenn wie kolportiert das Land Niederösterreich 20 Millionen Euro der Kosten für die Privatuniversität trägt und keine weiteren Financiers beitragen?
7. Wie viele potentielle Studierende aus Niederösterreich und den angrenzenden Bundesländern werden sich Studiengebühren in dieser Höhe (siehe Frage 6) leisten können?
8. Entsprich eine "Privatuniversität", die mehrheitlich von öffentlichen Geldern finanziert wird, Ihrer Meinung nach überhaupt der Intention des Gesetzgebers?
9. Stellen die Pläne des niederösterreichischen Landeshauptmanns im Hinblick auf die Alleinzuständigkeit des Bundes für Universitäten Ihrer Meinung nach eine Umgehung der Kompetenzverteilung dar?
10. Welche Vorkehrungen haben Sie getroffen, um eine Umgehung des Finanzierungsverbots des Bundes durch Leistungen von öffentlichen Universitäten an Privatuniversitäten zu verhindern?
11. Können Sie eine mittelbare Querfinanzierung der Personalkosten der Privatuniversitäten durch gleichzeitige Beschäftigung von Personen an öffentlichen Universitäten und Privatuniversitäten ausschließen?
12. Wie wird die Auswahl der Lehrenden erfolgen und aus welchen Bereichen, Institutionen etc. werden diese kommen?
13. Die Betreuungsrelation (Studierendenzahl zu wissenschaftlichem Personal VZÄ) ist an der medizinischen Universität Wien deutlich besser als beispielsweise an der UMIT. Das bedeutet entweder, dass die Ausbildung an medizinischen Privatuniversitäten qualitativ schlechter ist oder die öffentlichen medizinischen Universitäten mehr Studierende ausbilden könnten. Was trifft Ihrer Meinung nach eher zu?
14. Wie schnell bekommen AbsolventInnen der öffentlichen medizinischen Universitäten einen Ausbildungsplatz zur Ausbildung zum Allgemeinmediziner oder zum Facharzt in den einzelnen Fachrichtungen in Niederösterreich?

15. Könnte es durch zusätzliche AbsolventInnen von Privatuniversitäten zu Engpässen bzw. längeren Wartezeiten auf einen Ausbildungsplatz in Niederösterreich kommen?
16. Der niederösterreichische Landeshauptmann hat laut Medienberichten einen Bedarf an 7.500 zusätzlichen ÄrztInnen in Niederösterreich angemeldet. Lässt sich ein solcher Mangel an ÄrztInnen Ihrer Meinung nach eher auf eine zu geringe Zahl an AbsolventInnen oder auf geringe Bemühungen des Landes Niederösterreich zur Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte im medizinischen Bereich zurückzuführen?
17. Auf welche Berechnungen / Daten bezieht sich der niederösterreichische Landeshauptmann bei seiner Angabe zu diesem Bedarf?
18. Der niederösterreichische Landeshauptmann plant laut Medienberichten an der Privatuniversität für das Medizinstudium zirka 600 bis 700 Studienplätze anzubieten. Ist ein wirtschaftlich effizienter Studienbetrieb unter Berücksichtigung der Erfahrungen an den öffentlichen Medizinuniversitäten bei einer so geringen Anzahl an Studierenden überhaupt möglich, vor allem im Hinblick auf die Overhead-Kosten?
19. Kann angesichts der geringen Studierendenzahl überhaupt eine ausreichende Differenzierung und Spezialisierung im Zuge des Studiums gewährleistet werden?
20. Ist das Landeskrankenhaus Krems Ihrer Meinung nach für eine alle wesentlichen medizinischen Bereiche umfassende Ausbildung geeignet?
21. Bietet der Standort Krems Ihrer Meinung nach eine an die Bedürfnisse der Studierenden ausreichend angepasste Infrastruktur?
22. Welche Verpflichtungen zur Frauenförderung bestehen für Privatuniversitäten? Sind diese Ihrer Meinung nach ausreichend?